

bedeutender Teil gegen eine Übereinkunft mit dem Staat sei. Alle Wojewodschaftskommandaturen der Bürgermiliz (Polizei) besaßen Listen von „extremistischen“ Priestern aus ihrem Gebiet; sie besaßen ebenfalls Listen von Priestern, die übermäßig Alkohol genießen und den Zölibat nicht achten oder die mit den kirchlichen Behörden zerstritten sind. Die letzteren sollten als Konfidenten im Falle einer Verhaftung benutzt werden. Die Priester aus dieser zweiten Liste würden von den Bischöfen nicht verteidigt.

Als Beispiel wird der Fall des Priesters *Sylwester Zych* aus Otwock herangezogen, der von seinem Bischof nicht in Schutz genommen wurde, obwohl die Jugendgruppe in Otwock, die für die Polizei Anlaß zum Einschreiten war, von Provokateuren organisiert worden sei und Zych als Opfer der Provokation hineinziehen sollte. Unter Funktionären des Sicherheitsdienstes spreche man darüber ganz eindeutig. Die Provokation sei gelungen und der Bischof in Schach gehalten worden (Kontakte/Paris 2/1983, S. 42f.). In anderen Fällen, die im Westen bekannt wurden, sind Priester wegen staatsfeindlicher Predigten, Zusammenarbeit mit Terroristen, Teilnahme an Unruhen u. a. angeklagt worden.

Eine Gratwanderung

Aus den Aufzeichnungen des Sicherheitsdienstes geht aber auch hervor, daß ein frontaler Angriff auf den Klerus nicht vorgesehen ist. Die Behörden wissen, daß sie eine *offene* Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche gegenwärtig am wenigsten gebrauchen können. Sie suchen auf der Basis des Regimes weiter einen *Modus vivendi* mit ihr, der ihnen das Regieren erleichtern soll. Von der Kirche werden die Gefahren, die für ihre Einheit aus dem selektiven Vorgehen der Behörden erwachsen, durchaus erkannt. Da sie nicht das erste Mal vor der Aufgabe steht, ihre Integrität zu bewahren und das Vertrauen der Bevölkerung zu erhalten, weiß sie, welche Schlüsse sie aus der Vergangenheit zu ziehen hat. Das Vorgehen des Staates wird an der Haltung der Bischöfe nichts ändern, die trotz allem auf Versöhnung ausgerichtet ist und den Haß und die Spaltungen in der Nation überwinden helfen will. Das ist eine Gratwanderung. Der „niedere“ Klerus, der vor Ort arbeitet, weiß am besten, wie schmal der Grat zwischen notwendiger Anpassung an die Realitäten und der Gefahr des Glaubwürdigkeitsverlustes ist.

D. B.

rer zeuge, als politische Subversion abstempeln. Ebenso sei das Verhältnis von Kirche und Staat eindeutig geregelt, und zwar nicht zuletzt durch die Verfassung der Philippinen. Unausgewogenheit bestehe allein *in der Beziehung zwischen dem Volk und dem Staat*, und so sei es Aufgabe der Kirche, den Menschen dort beizustehen, wo der Staat seinen Verpflichtungen gegenüber den Bürgern nicht voll nachkomme.

Als Grundpfeiler einer „gerechten Gesellschaft“ nannte Kardinal Sin vier Elemente: 1) Achtung vor der persönlichen Würde des Menschen als eines geheiligten Geschöpfes Gottes; 2) gesellschaftlicher Pluralismus, der den einzelnen Gruppen der Gesellschaft ein Recht auf freie Entfaltung und eine eigene Meinung zugesteht; 3) soziale Gerechtigkeit; 4) Informationsfreiheit. Er räumte ein, in der Vergangenheit habe es in der staatlichen Politik Ansätze gegeben, einige der Grundforderungen zu verwirklichen (etwa Agrar-Reformen), doch profitierten gerade die Randgruppen der Gesellschaft kaum von diesen Maßnahmen. Darüber hinaus hätten die *weit verbreitete Korruption* und die Aufrüstung der Armee in technischer, aber leider nicht moralischer Hinsicht eine Atmosphäre des Mißtrauens geschaffen, die selbst gut gemeinte Ansätze im Keim ersticken lasse.

Philippinen: Die Kirche setzt sich zur Wehr

Der Erzbischof von Manila, Kardinal *Jaime L. Sin*, bezog erneut in prononcierter Form Stellung zu dem seit langem schwelenden Konflikt zwischen Kirche und Staat auf den Philippinen. Am 12. März hielt er vor der Generalversammlung der „Bishops-Businessmen's Conference for Human Development“ eine Rede, in der er vor den 150 geladenen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Kirche nicht nur auf die Ursachen der Spannungen einging, sondern auch Wege zu deren Lösung aufzuzeigen versuchte. Von besonderer Bedeutung war, daß der Veranstaltung als Ehrengast Premierminister *Cesar Virata* beiwohnte, der designierte Nachfolger von Staatspräsident Ferdinand Marcos.

Ein Vorschlag Kardinal Sins

In Anlehnung an seine im Februar 1982 vor der Philosophischen Fakultät der St.-Thomas-Universität gemachten Ausführungen (vgl. HK, November 1982, 540) betonte Kardinal Sin, eine gerechte politische Gemeinschaft setze ein angemessenes *Zusammenwirken von Kirche, Staat und Volk* voraus. Hierbei verstehe sich die katholische Kirche entsprechend der christlichen Lehre eindeutig als eine „Kirche des Volkes“ und damit gerade auch der Armen und Unterdrückten. Es sei deshalb absurd, wolle man den Einsatz der Kirche für die ihr anvertrauten Menschen im Namen des Evangeliums, von dem das Blut vieler Märty-

Den *Hauptgrund* für die gegenwärtig gespannte Situation sieht Kardinal Sin darin, daß der Staat den Bürgern keine Möglichkeit gebe, in Freiheit verantwortungsbewußt am Aufbau des Staates mitzuwirken. „Ohne Freiheit kann es keine wirkliche Achtung vor der Heiligkeit des Menschen geben, keine Tolerierung von Dialog und Andersdenken, keine Gerechtigkeit, keine Wahrheit.“ Er fordert deshalb zu einer „wahren Versöhnung“ auf, zu einer „conspiratio plurium in unum“ im ursprünglichen Sinne. Als einen ersten Schritt zu einer nationalen Versöhnung schlägt er dabei die *Bildung eines Rates geachteter Persönlichkeiten* vor, der Anregungen aus der Bevölkerung zu allen relevanten Fragen aufgreifen und Präsident Marcos dann entsprechende Vorschläge zur Behebung der

gegenwärtigen Probleme machen soll. Dieser Rat könnte nach den Vorstellungen Kardinal Sins aus folgenden Mitgliedern bestehen: drei Vertretern der Regierung (einschließlich des Premierministers), drei Vertretern der Bischofskonferenz, zwei Angehörigen der politischen Opposition sowie je einem Vertreter aus den Bereichen von Wirtschaft und Justiz.

Die von Kardinal Sin vorgelegte Analyse der gesellschaftlichen Situation entspricht in allen wesentlichen Punkten derjenigen, die auch die Bischofskonferenz in ihrem Hirtenbrief vom 15. Februar dieses Jahres veröffentlicht hatte (vgl. HK April 1983, 190). Diese hatte ebenfalls in bisher nicht gewohnter scharfer Form die *Verletzung der Menschenrechte*, das Fehlen von Meinungsfreiheit und Pluralismus und die sozialen Mißstände angeprangert und hervorgehoben, daß die Kirche durch das Evangelium voll und ganz legitimiert sei, sich für das Volk und damit insbesondere für die Armen einzusetzen. Ein nicht unwesentlicher Unterschied besteht allerdings darin, daß der Hirtenbrief eher *allgemein* an alle Beteiligten (also auch die Mitarbeiter in den eigenen Reihen) appellierte, die anstehenden Fragen mit friedlichen Mitteln und im christlichen Geist zu lösen. Kardinal Sins Vorschlag ist dagegen nicht nur konkreter, er wendet sich auch weniger an Marcos selbst als vielmehr an dessen möglichen Nachfolger Virata und damit an jene Kräfte innerhalb der Staatsführung, die als gemäßigt gelten und mit denen eher eine Verständigung möglich erscheint. Sin hat ja des öfteren angedeutet, daß er Marcos nicht gerade als die zur Führung des Staates geeignete Persönlichkeit betrachtet.

Kaum ermutigende Reaktionen

Die Reaktion auf den Vorschlag Kardinal Sins in der Öffentlichkeit läßt es als allerdings sehr zweifelhaft erscheinen, daß er realisiert werden kann. Marcos selbst lehnte ihn entschieden als „politisch motiviert“ ab. Ansonsten haben weder Vertreter der Kirche noch des Staates offen dazu Stellung

genommen. Immerhin bezeichneten jedoch Anfang April die *Führungsgremien von acht nationalen katholischen Organisationen* und einer Bürgerrechtsbewegung, die zusammen über eine Million Mitglieder repräsentieren, den vorgeschlagenen Rat als ein „effektives Instrument der Versöhnung und des Friedens und als einen Brückenschlag zu gegenseitigem Verständnis und Freundschaft“ (UCA News, 6. 4. 83).

Aber auch der Appell der Bischofskonferenz hat bisher auf staatlicher Seite nur wenig Wirkung gezeigt. Bei einem Gespräch zwischen Vertretern der Bischofskonferenz (bezeichnenderweise ohne Kardinal Sin) und Präsident Marcos am 17. März, das nach Aussagen des Sekretärs der Bischofskonferenz in „herzlicher“ Atmosphäre verlief, erhielten die Bischöfe keine Gelegenheit, das Problem der Verletzung von Menschenrechten anzusprechen. Statt dessen präsentierte ihnen Marcos u. a. eigene „*Vorschläge für die Beteiligung der Kirche an Programmen und Projekten*“, die der Kirche eine eher traditionelle Rolle zuweisen. So soll etwa die Kirche zuweisen. So soll etwa die Kirche Personen benennen können, die für staatliche Wirtschaftskredite in Frage kommen, und auch bei der Rückzahlung der Kredite behilflich sein. Außerdem könnte sie bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Wirtschaft helfen, indem sie Verstöße gegen bestehende Gesetze melde – vorausgesetzt, sie arbeite dabei mit den Unternehmen und den staatlich gelenkten Gewerkschaften zusammen.

Die Bischöfe sagten eine Prüfung der Vorschläge zu, wollten sich aber nicht vorschnell festlegen. Gleichwohl meldete die *fast gänzlich vom Staat kontrollierte Presse* umgehend, die Bischöfe hätten die Pläne „befürwortet“ bzw. „unterstützt“ (UCA News, 23. 3. 83). Die Regierung versucht somit, die Appelle der Kirche nicht nur geschickt aufzufangen, sondern auch zu eigenen Propaganda-Manövern zu mißbrauchen und nach Möglichkeit die Kirchenführung zu spalten. Angesichts dieser Medien-Lage wird in kirchlichen Kreisen denn auch immer stärker die Forderung nach einer „alternati-

ven“ Presse erhoben – oft genug bleibt der Kirche nur der Weg, sich von der Kanzel herab Gehör zu verschaffen.

Die staatlichen Angriffe gegen die Kirche wegen angeblich subversiver Tätigkeit mancher ihrer Mitglieder und Geistlichen haben im übrigen keineswegs nachgelassen, wie *neue Verhaftungen* zeigen. Der Minister „für politische Angelegenheiten“ erhob sogar öffentlich den Vorwurf, der gesamte Klerus auf Mindanao (wo die kommunistischen Aufständischen sehr aktiv sind) stünde auf seiten der Rebellen und verbreite dort nicht nur politische Lehren, sondern beteilige sich auch an Gewalttaten. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Erzbischof *Antonio Mabutas* von Davao, protestierte heftig gegen diese Anschuldigungen, machte aber zugleich erneut deutlich, daß ihm weiterhin an einem Dialog zwischen Kirche und Staat gelegen sei.

Die Aussichten darauf scheint er gleichwohl skeptisch zu beurteilen, zumal sich die Beziehungen der Kirche zum Militär verschlechtert haben. Die Bischöfe hatten zu Beginn des Jahres ihre *Mitarbeit im „Church-Military-Liaison-Committee“* eingestellt, da sie keine Möglichkeit mehr sahen, sich in diesem Gremium angemessen Gehör zu verschaffen. Zudem hatten die Militärs mehrfach Vereinbarungen gebrochen, nach denen inkriminierte Priester unter gewissen Bedingungen bis zur Eröffnung eines Prozesses der Obhut der Kirche anvertraut werden sollten. Die Bischöfe haben statt dessen die *Gründung eines „Komitees für öffentliche Angelegenheiten“* vorgeschlagen, in dem Vertreter der Kirche und der einzelnen Ministerien kontroverse Fragen behandeln sollen. Sie möchten hier insbesondere auch ihre Vorstellungen zur Verbesserung der sozialen Lage des Landes zur Sprache bringen. Diese dürften jedoch mit staatlichen Plänen kollidieren, zumal einige der Projekte der kirchlichen Soziallehre widersprechen. Die Kirche hätte hier wohl allenfalls die Möglichkeit, ihre Mitarbeit zu verweigern, eine Durchsetzung ihrer eigenen Programme gegen den Willen des Staates könnte sie kaum erreichen.

„Glaubenspotential nutzen“

Ob sich die Kirche gegenüber dem Staat erfolgreich behauptet, hängt in hohem Maße auch davon ab, inwiefern *innerkirchliche Erneuerungsprozesse* zu einer stärkeren Konsolidierung führen. Dies wurde auch auf einem Kolloquium deutlich, an dem im September 1982 12 Bischöfe teilnahmen, die dem sogenannten „progressiven Flügel“ zugerechnet werden. Die Teilnehmer betonten, daß die Kirche der Philippinen eine lebendige, von tiefer Spiritualität geprägte Gemeinschaft sei. Doch dieses Glaubenspotential werde noch nicht in genügendem Maße genutzt, zumal sich die Kirche in einer Reihe von Fragen,

etwa im sozioökonomischen Bereich, keineswegs einig sei. In einigen Diözesen gebe es sogar eine starke Kluft zwischen den Bischöfen und Teilen des übrigen Klerus.

Erfreut zeigten sie sich über das Leben in den christlichen Basisgemeinden, in denen auch kritisches Denken gefördert werde. Es bedürfe jedoch großer Anstrengungen, die dort freigesetzten Kräfte in die rechten Bahnen zu lenken und einen geeigneten Mittelweg zwischen Kommunismus und dem staatlich propagierten liberalen Kapitalismus zu finden. Man brauche hierzu eine *erneuerte pastorale Spiritualität*, in der sich der Priester weniger als Verwalter denn als Hirte einer Gemeinschaft von Jüngern begreife. Dies

bedeute auch ein ständiges Ringen um den Glauben und das Bemühen, das soziale Handeln in wirklichen Einklang mit dem Evangelium zu bringen (vgl. Weltkirche 1/1983, S. 11 ff.).

Der Mehrzahl der Bischöfe dürften die hierin implizierten Forderungen zu weit gehen. Gleichwohl sucht die Bischofskonferenz nach Kompromissen, um die bestehenden Spannungen innerhalb des Klerus abzubauen. So sollen neue Richtlinien für die Priester und kirchlichen Mitarbeiter bezüglich der kontroversen Fragen erarbeitet werden. Ein Schritt auf diesem Wege ist die Ausarbeitung des neuen National Catholic Directory, der in Zukunft als Grundlage für Katechese und Religionsunterricht dienen soll. P. D.

„Das Leben liegt hinter den Dingen“

Zum neu erwachten Interesse an religiöser Esoterik

„Stelle dir einmal vor, du wanderst über eine hohe Sanddüne. Rings um dich siehst du einzelne Büsche stehen, von denen jeder mit einer Etikette versehen ist, wie in einem botanischen Garten, auf der Name und Gattung des Busches aufgeführt sind. Du findest darauf beispielsweise die Namen Astrologie, Alchemie, Magie, Tarot, Chirologie, Kabbala usw., also Namen und Büsche in einer unübersehbaren Fülle. Die meisten Menschen, die über diese Düne wandern, werden nichts weiter wahrnehmen als eben diese Vielfalt. Nun stelle dir noch vor, du bekämst eine Schaufel in die Hand und würdest zu graben beginnen, viel Sand wegschaufeln und plötzlich entdecken, daß das, was sich auf den ersten Blick als einzelne, voneinander unabhängige Büsche dargeboten hat, in Wirklichkeit die Ausläufer von Ästen eines im Sande versunkenen Baumes sind, auf dessen mächtigem Stamm du in der Tiefe stößt und aus dem all diese Äste herausgewachsen sind. Der unter dem Sand verschüttete Baumstamm stellt das vergessene, versunkene Urwissen der Menschheit dar, die aus dem Sand herausragenden Ausläufer seiner Äste aber sind nur die Reste und Fragmente, die uns heute noch als Grenzwissenschaften bekannt sind. Daraus folgt nämlich, daß jede dieser Grenzwissenschaften auf ihre Weise einen Weg zurück bildet zu diesem großen, einheitlichen Urwissen. Welchen Weg du gehst, ist letzten Endes gleichgültig. Hauptsache ist, du gelangst zum großen Stamm, aus dem der Ast entwächst.“ (*Hans-Dieter Leuenberger*, Schule des Tarot I, Das Rad des Lebens. Freiburg 1983, S. 30)

Die Suche nach diesem Urwissen, die Hoffnung, sich über einen der vielen Äste Zugang zu verschaffen zum tiefliegenden Stamm, bewegt gegenwärtig offenbar Men-

schen. Das Esoterische, die Arcana, das Okkulte, Paraphänomene, Grenzgebiete, aber auch Spiritualität und Mystik erfreuen sich eines wachsenden Interesses seit Jahren. Berichterstattung der Medien, Veranstaltungskalender, Buchangebot und Kleinanzeigen belegen es unzweideutig: Geheimnisse, Innerlichkeit, esoterische Spiritualität erleben eine Renaissance. Wer lange wegen seiner esoterischen Neigungen eher belächelt wurde, kann inzwischen das gute Gefühl haben, immer schon an dem festgehalten zu haben, was wieder neu in Mode kommt. Was gestern noch als unverbesserlicher Bodensatz an Obskurantismus angesehen wurde, gilt inzwischen als chic.

Was meint Esoterik?

Unter welchen *Oberbegriff* läßt sich dies alles bringen? Grenzwissenschaften? Um Wissenschaft handelt es sich in den wenigsten Fällen. Außerdem definiert sich ein Begriff wie Grenzwissenschaft allzu sehr von dem her, an dessen Grenzen es sich bewegt, und sagt zu wenig positiv, worum es eigentlich geht. „Okkultismus“ bezeichnet die äußeren Vorgänge und Techniken, nicht aber das, was dem zugrunde liegt an Einstellungen, Plausibilitätsstrukturen. Der Begriff „Esoterik“ leistet dies eher.

Das Wort besagt „gemäß seiner Bedeutung von griechisch ‚eiso, eso‘ für ‚hinein, drinnen‘ (im Gegensatz zu ‚exo für ‚außen, außerhalb, nach draußen‘), daß eine Erscheinung oder ein Ereignis nicht nur eine im Vordergründigen liegende Außenseite habe, sondern auch ein Innen, einen Wesenskern, eine Sinnmitte. Insofern deutet das Esoteri-